



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Odezwa Śląskiego Wydziału Krajowego do Izby Posłów Rady Państwa w sprawie realizacji spraw podatkowych krajowych w 1917 r. oraz przewidzianych na 1918 r. - Opawa, 31.01.1918 r.

Liczba stron oryginału

3

Liczba plików skanów

4

Liczba plików publikacji

4



Sygnatura/numer zespołu

TR 055.026

Data wydania oryginału

1918

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+

Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Hohes Abgeordnetenhaus!

5526

Das Jahr 1917 sollte einen wichtigen Wendepunkt für die Neuregelung des Verhältnisses der Länder zum Staate hinsichtlich der Verlängerung jener gesetzlichen Maßnahmen bilden, welche den Ländern Überweisungen aus dem Ertrage staatlicher Steuern zusprachen. Die die Überweisungen regelnden Gesetze waren mit Ende Dezember 1917 abgelaufen. Damit sind die den Ländern bisher gezahlten Überweisungen nunmehr auch rechtlich eingestellt worden — tatsächlich ist dies teilweise schon früher geschehen — ohne daß eine neue Anweisung der staatlichen Überweisungen an die Landesfonds mit der Wirksamkeit vom 1. Jänner 1918 an bis nun erfolgt wäre.

In dieser Hinsicht hat nun die Regierung dadurch Abhilfe zu schaffen gesucht, daß sie in den letzten Wochen des Jahres 1917 den Gesetzentwurf, betreffend die Überweisungen aus Staatsmitteln an die Landesfonds in den Jahren 1917 und 1918 (Überweisungsgesetz), eingebracht hatte. Dieser Gesetzentwurf hat jedoch eine parlamentarische Behandlung bisher nicht erfahren, so daß längst der vorhergesehene und vollständig unbefriedigende Zustand nunmehr auch wirklich seit 1. Jänner 1918 eingetreten ist.

Daraus ergibt sich für den schlesischen Landesausschuß als den Verwalter des Landesfonds die Pflicht, in einer zweifachen Richtung Stellung zu nehmen und zwar:

1. in der Richtung, daß der bisherige Zustand der vollständigen Vernachlässigung der Landesfinanzen durch die Staatsregierung wenigstens provisorisch sobald als möglich beendet werde und
2. zu der Frage, ob die in dem Entwurfe des Überweisungsgesetzes in Aussicht genommene Bestimmungen als der Rechtslage und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend anzusehen seien.

In ersterer Beziehung wurde bereits unter Hinweis darauf, daß das tatsächlich eingetretene Verhältnis zu einem ganz unmöglichen Zustande geführt hat, das k. k. Finanzministerium dringend ersucht, ohne Rücksicht auf die gesetzliche Erledigung des Entwurfes des Überweisungsgesetzes, die ja möglicherweise mehrere Monate in Anspruch nehmen kann, den Landesfonds angemessene Vorschüsse auf die zu erwartenden Überweisungen sofort bzw. in Teilbeträgen zu gewähren.

In zweiter Beziehung soll die Frage untersucht werden, inwieweit die Bestimmungen des Gesetzentwurfes der Rechtslage und den tatsächlichen Verhältnissen als entsprechend befunden werden.

Um die zweite Frage nach allen Richtungen zu erwägen, muß das Verhältnis der Länder zum Reiche auf finanziellem Gebiete kurz gestreift werden.

Die wesentlichste Funktion des Landtages ist die einer gesetzgebenden Körperschaft, welche in dem ihm zugewiesenen Wirkungskreise Aufgaben der Staatsverwaltung zu erfüllen hat. Schon der Umstand, daß den Landesvertretungen die wichtige Befugnis der Legislative zusteht, macht gewisse Aufwendungen unbedingt notwendig, die dann als auf gesetzlicher Grundlage beruhende Aufwendungen angesehen werden müssen. Die Landtage sind nicht nur gesetzgebende, sondern auch verwaltende Körperschaften und aus dieser ihrer verschiedenen Eigenschaft ergibt sich auch der verschiedene Charakter der von ihnen übernommenen Verpflichtungen und Leistungen finanzieller Natur, die aber alle auf die gemeinsame Grundlage zurückzuführen sind, daß Aufgaben der Staatsverwaltung durch, den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder Rechnung tragende Landesverwaltungen gelöst werden. Die Verleihung einer eigenen Rechtspersönlichkeit an die Landesverwaltungen als die in den einzelnen Ländern bestehenden obersten Selbstverwaltungskörper legte diesen allerdings die Verpflichtung auf, für die Befriedigung ihrer finanziellen Bedürfnisse — die sich aus der Lösung der ihnen übertragenen und von ihnen freiwillig übernommenen Aufgaben ergeben, — in erster Linie durch ihre eigenen Mittel vorzusorgen.

In diesem Sinne verfügen übereinstimmend die Landesordnungen der einzelnen Länder, und insbesondere der § 22 der schlesischen Landesordnung.

Verschiedene Umstände hatten die schlesische Landesvertretung lange Zeit veranlaßt, in der Einführung neuer Auflagen und Abgaben außer den Zuschlägen zu den direkten Steuern eine gewisse Zurückhaltung zu üben. Erst verhältnismäßig spät, nachdem andere Länder in dieser Richtung schon vorgegangen waren, entschloß sich auch der schlesische Landtag, die bisherige Finanzpolitik zu ändern und die Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse, die insbesondere seit dem Jahre 1901 eine sprunghaft steigende geworden war, durch Benützung verschiedener, bisher unbeachteter Steuerquellen zu suchen.

Der fortschreitenden Ausgestaltung dieser Entwicklung stellte sich nun die staatliche Steuerpolitik in den Weg. So wurde zuerst mit dem Landesgesetze vom 24. Juni 1898 die Befreiung von der mit dem Reichsgesetze vom 25. Oktober 1896 eingeführten Personaleinkommensteuer von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen eingeführt und das letztemal bis einschließlich 1917 verlängert.

Bald darauf erfolgte ein neuer Schritt auf der einmal betretenen Bahn durch das Gesetz vom 8. Juli 1901, mit welchem Überweisungen aus dem Ertrage der Branntweinsteuer in Aussicht gestellt wurden.

Durch die kaiserliche Verordnung vom 30. Dezember 1915, Nr. 1 ex 1916 R.-G.-Bl., wurde die Wirksamkeit des Gesetzes vom 17. Juni 1913, betreffend Landeszuschläge zu den staatlichen Verlassenschaftsgebühren, tatsächlich außer Wirksamkeit gesetzt und den Landesfonds Zuschläge zu den Erbgebühren überwiesen.

Endlich wurden mit der kaiserlichen Verordnung vom 27. August 1916 an Stelle der bisher eingehobenen Landesbieraufgabe Überweisungen bis Ende 1917 zugesichert. Während auf der einen Seite der Kreis der selbständigen Auflagen und Gebühren im Gebiete der Landesverwaltung immer mehr eingeengt wird, hatte die Staatsverwaltung gegen die Einführung neuer Besteuerungsarten sich ebenso ablehnend verhalten wie beispielsweise in der Frage der Einführung einer selbständigen Kohlenabgabe zu Gunsten der Landesfonds oder in der Frage einer Teilnahme der Länder an den Erträgen der Kriegsgewinnsteuer.

Ebenso wurde den Ländern die Möglichkeit benommen, auch auf die mit der kaiserlichen Verordnung vom 28. August 1916 bei einzelnen Steuergattungen eingeführten außerordentlichen Zuschläge autonome Zuschläge aufzuteilen, gewiß ebenso zum Nachteile der Länder. Da die Landesverwaltungen, um den in sie gehegten Erwartungen zu entsprechen, sich nicht mit dem ihnen nach der Landesverfassung vom Jahre 1861 streng vorgeschriebenen engen Wirkungskreis bescheiden konnten, vielmehr in Würdigung der ihnen nach der Dezemberverfassung vom Jahre 1867 eingeräumten Stellung das ganze Gebiet der Förderung materieller und geistiger Kultur, — insoweit es mit ihren Mitteln durchführbar erschien, und den einzelnen speziellen Bedürfnissen der Länder angepaßt war —, in ihren Wirkungskreis einbezogen hatten, die Länder überdies auch Verpflichtungen, deren Grundlage noch in der absolutistischen Zeit lag, zu erfüllen hatten und selbstverständlich auch infolge ihrer legislativen Wirksamkeit schwerwiegende Belastungen auf sich nehmen mußten, endlich auch seitens der Staatsverwaltung auf die Übernahme neuer Aufgaben durch die Landesverwaltungen ein besonderes Gewicht gelegt wurde, (z. B.: Kriegskredithilfe für das mittelständische Gewerbe) — hatten die Länder auf verschiedenen Gebieten der öffentlichen Wirksamkeit eigentlich im übertragenen Wirkungskreise Aufgaben der Staatsverwaltung zu erfüllen, die vorwiegend nur aus dem Grunde den Ländern übertragen worden waren, um den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Länder besser Rechnung tragen zu können.

Durch die Bezugnahme auf den Charakter der der Landesverwaltung anvertrauten Aufgaben tritt auch der Charakter der bisherigen Überweisungen klar und deutlich hervor.

Der Gedanke, als ob es sich bei diesen Überweisungen etwa um die Gewährung einer Subvention des Staates an die Landesfonds handeln würde, muß von vornherein als unhaltbar und der Rechtslage widersprechend bezeichnet werden.

Bei der Gewährung staatlicher Überweisungen handelt es sich nicht um Beihilfen des Staates an die Landesfonds im landläufigen Sinne des Wortes, sondern um Beiträge des Staates an die Landesfonds, die ihre Begründung finden, einerseits in der allmählichen Einschränkung des Finanzrechtes der Länder, andererseits in der Übernahme staatlicher Aufgaben durch die Landesvertretung.

Wenn den Ländern die ihnen bisher durch Reichs- und Landesgesetze übertragenen Aufgaben unvermindert weiter belassen werden, ihnen aber auf der andern Seite die Möglichkeit entzogen wird, für die Befriedigung der Bedürfnisse ihres eigenen Haushaltes im eigenen Wirkungskreise selbst vorsorgen zu können und wenn diese Unmöglichkeit durch die mit den Interessen der Landesverwaltungen kollidierende Finanzpolitik des Staates entstanden ist, so ergibt sich daraus klar und offensichtlich auch die rechtliche Verpflichtung des Staates, entweder durch Wiederherstellung des selbständigen Finanzrechtes der Länder oder durch andere, dem gleichen Zwecke dienende Mittel für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Landeshaushalte Sorge zu tragen bzw. zu verhindern, daß die Führung der Landeshaushalte ohne Verschulden der Landesverwaltungen in einen Zustand gerät, welcher mit den bisherigen Traditionen und den besten Absichten der Landesverwaltungen selbst im Widerspruche steht, durch sie aber nicht aufgehalten werden kann, weil diese Umstände zu ändern oder zu beseitigen außerhalb der Möglichkeiten ihres Willens liegt.

Wenn wir weiter die Frage untersuchen wollen, inwieferne die durch den Gesetzentwurf der Regierung in Aussicht gestellten Überweisungen für die Jahre 1917 und 1918 den vorhin entwickelten Gesichtspunkten, daß es sich nämlich nicht um Subventionen, sondern um öffentlich-rechtliche Beiträge des Staates an die Landesfonds handelt, Rechnung tragen, müssen wir zunächst die bloße Anlehnung an äußere Umstände, um zu einem Schlüssel für die Feststellung der Höhe der Überweisungen zu gelangen, als ungangbar bezeichnen. Warum sollte gerade das Ergebnis der Überweisungen vom Jahre 1916 herauszunehmen und dieses als Grundlage für die Überweisungen im Jahre 1917 und 1918 zu nehmen sein, da hiebei auf die Entwicklung des Landeshaushaltes im Kriege gar keine Rücksicht genommen worden ist. Die Entwicklung der finanziellen Ergebnisse des Landeshaushaltes ist in Schlesien wie in allen andern Ländern durch zwei Umstände charakterisiert: erstens durch eine wesentliche Verminderung einzelner, im Landeshaushalte bisher eine große Rolle spielender Einnahmequellen rücksichtlich ihrer Erträge, andererseits durch eine außerordentliche Steigerung einzelner Ausgabengruppen, ja Neueinführung solcher Ausgaben infolge der durch den Krieg geschaffenen außerordentlichen Verhältnisse. Es hieße bereits Bekanntes nochmals wiederholen, wollte man die Überweisungen, welche in unserem Haushalte eine hervorragende Rolle spielen, nämlich jene aus der Brantweinsteuer, in ihrer Entwicklung während des Krieges besprechen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß im Jahre 1914, als dem ersten Jahre, in welchem die neuen erhöhten Überweisungen nach dem Gesetze vom 23. Jänner 1914, R.-G.-Bl. Nr. 14, in Kraft treten sollten, die Überweisung aus der Brantweinsteuer wohl mit 2,960.000 K veranschlagt war, tatsächlich aber nur 1,391.000 K überwiesen worden sind. Noch geringer war das Erträgnis im Jahre 1915, in welchem die Überweisung aus der Brantweinsteuer 1,114.000 K betrug, während sie im Jahre 1916 auf 2,092.000 K gestiegen war, um im Jahre 1917 abermals bedeutend und zwar auf 775.000 K zu fallen.

Wenn wir diese Ziffern mit jenen Beträgen vergleichen, auf welche die Länder bei Nichteintritt des Krieges Anspruch gehabt hätten und die nach den damaligen Verhältnissen der finanziellen Lage der Länder als halbwegs entsprechend angesehen werden konnten, so kommen wir zu ganz anderen Ziffern für die Höhe der Überweisungen, als wie solche die Regierung ermittelt hatte. Unter normalen Verhältnissen hätte der Landeshaushalt Schlesiens im Jahre 1914 auf Beträge aus dem Titel der staatlichen Überweisungen bzw. der damals noch nicht inkamerierten Bierauflage von **5,280.000 K** rechnen können. Tatsächlich sind in diesem Jahre nur 3,436.000 K eingezahlt worden. Noch ungünstiger war das Verhältnis im Jahre 1915, wenn wir die gleichen Voranschläge wie im Jahre 1914 zugrunde legen, da der tatsächliche Eingang nur 3,274.000 K betragen hat. Im Jahre 1916 sind dem Landesfond tatsächlich 4,630.000 K zugeflossen, worunter für 1915 ein Nachtrag aus der Brantweinsteuer von 830.000 K.

Nach dem Entwurfe des Überweisungsgesetzes soll auf Schlesien für 1917 und 1918 ein Betrag von je 3,909.680 K entfallen, wobei die für das Jahr 1917 bereits flüssig gemachten Beträge (die tatsächlich 3,015.000 K ausmachen), in diese Überweisung einzurechnen wären.

Nach dem auf damals bestehende Gesetze beruhenden Voranschlage des Landesfondes für 1914 betrug die Höhe der veranschlagten Überweisungen 5,280.000 K. Nehmen wir also an, daß der Krieg im Jahre 1914 nicht ausgebrochen wäre und daß demnach die bestehenden wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verhältnisse die gleichen geblieben wären, wie im Jahre 1914 — wie kann man es recht-

fertigen, daß, da der Landeshaushalt in seinen Einnahmen in den ersten drei Kriegsjahren auf das ärgste gedrosselt wurde, nunmehr den Ländern eine Überweisung geboten werden soll, die für das Jahr 1917 und 1918 weit unter das herabgeht, was im Jahre 1914 als halbwegs entsprechend angesehen wurde? Dies gilt unter der Voraussetzung, daß in den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen seit dem Jahre 1914 eine Änderung nicht eingetreten wäre. Tatsächlich haben aber die wirtschaftlichen Verhältnisse seit jener Zeit eine grundstürzende Umwälzung erfahren, was auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens in grellster Weise in die Erscheinung tritt. Die Aufrechterhaltung der Gebarung des Landeshaushaltes wurde in den Kriegsjahren nur durch Aufnahme schwebender Schulden, nicht minder auch durch die während der Kriegsdauer zweimal eingetretene Erhöhung der Landesumlagen, deren Ausmaß gegenwärtig 91% rücksichtlich der Realsteuern und 100% rücksichtlich der Personalsteuern, mit Ausschluß der Einkommensteuer, beträgt, möglich.

Für die Höhe der Überweisungen sollte nicht das zufällige Ergebnis derselben in einem früheren Jahre maßgebend sein, sondern die gesamte wirtschaftliche Lage, das Verhältnis des Staates zu den Ländern auf finanziellem Gebiete, die dieses Verhältnis berührende nahezu vollständige Ausschaltung der Landesverwaltung auf dem Gebiete selbständiger Besteuerung u. s. w.

Diese Erwägungen haben zu der Überzeugung geführt, daß die in dem Gesetzentwurfe der Regierung versuchte Lösung, die Landesverwaltungen, wenigstens insoweit jene Schlesiens in Betracht kommt, nicht befriedigen können; es kann unmöglich ein Betrag, der im Jahre 1914 noch als entsprechend befunden wurde, für die Jahre 1917 und 1918 noch herabgesetzt werden, da im Gegenteil die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendigerweise hätte dazu führen müssen, die im Jahre 1914 veranschlagten Beträge bedeutend zu erhöhen, um den inzwischen wesentlich geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen auch nur halbwegs Rechnung zu tragen.

Es geht nicht an, hier durch kleinliche Maßregeln Schwierigkeiten zu schaffen und schon bestehende zu vergrößern und dadurch auch allmählich eine Lahmlegung der Tätigkeit der Landesverwaltungen, die man, wie es scheint, auch in Hinkunft aufrecht erhalten will, herbeizuführen. Legt man Gewicht auf den weiteren Bestand der Landesverwaltungen mit ihren bisherigen Wirkungskreisen, dann muß man ihnen auch die Möglichkeit bieten, durch eigene Mittel oder durch tatsächlich entsprechende Beiträge die Grundlagen ihrer finanziellen Existenz sicherzustellen. Jeder andere Weg muß dazu führen, allmählich Situationen zu schaffen, die den Landesauschuß als den Verwalter des Landesvermögens für die Zukunft mit der größten Verantwortung belasten würden.

Für die Erhöhung der in Aussicht genommenen staatliche Beiträge könnte aber auch der Umstand ins Treffen geführt werden, daß auf die wesentlich gesteigerten Erträgnisse aus der Einkommensteuer in den letzten Jahren keine Rücksicht genommen wurde.

Wenn übrigens hinsichtlich der Überweisung aus der Brantweinsteuer bisher darauf hingewiesen worden ist, daß die nach dem Gesetze vom 23. Jänner 1914, Nr. 14 R.-G.-Bl. vor dem Eintritte jeder Überweisung für den Staat sicherzustellende Quote während der Kriegsjahre nicht erreicht worden ist, so möchte der Landesauschuß nicht unerwähnt lassen, daß mehrere nachträglich erfolgte Erhöhungen der Brantweinsteuer lediglich dem Staatsschatze zugute gekommen sind. (Siehe kaiserliche Verordnung vom 18. Februar 1916, R.-G.-Bl. Nr. 46 und vom 9. April 1917, R.-G.-Bl. Nr. 157).

Eine Bezugnahme auf das künftige Erträgnis der einzelnen Steuergattungen, welche den Ausgangspunkt für die Überweisungen gebildet haben, erscheint in dem gegenwärtigen Gesetzentwurfe nicht mehr aufgenommen. Damit ist auch äußerlich zum Ausdrucke gebracht, daß die für das Jahr 1917 und 1918 zu gewährenden staatlichen Beiträge nicht einen Ersatz bilden für Auflagen, die der Staat gewissermaßen im übertragenen Wirkungskreise der Länder einhebt, sondern daß der Staat aus verschiedenen Gründen auch die rechtliche Verpflichtung anerkennt, den Ländern staatliche Überweisungen zukommen zu lassen, deren Höhe vorläufig allerdings nur für die Jahre 1917 und 1918 provisorisch geregelt werden soll.

Der schlesische Landesauschuß bedauert es lebhaft, daß trotz wiederholten Ersuchens den Landesauschüssen nicht die Möglichkeit gegeben wurde, in einer gemeinsamen Besprechung mit den Vertretern der Regierung zu dem Gesetzentwurfe noch vor seiner Einbringung im Abgeordneten Hause Stellung zu nehmen. Da dies aber nicht geschehen ist, so erübrigt in dem derzeitigen Stadium wohl nichts anders, als neuerdings sowohl die k. k. Regierung als auch die beiden Häuser des österreichischen Reichsrates auf die außerordentliche Bedeutung dieser Angelegenheit aufmerksam zu machen und dringend zu bitten, es möchte von der vorgeschlagenen Art der Berechnung des Verteilungsschlüssels der Überweisungen für die Jahre 1917 und 1918 Umgang genommen und den Ländern mindestens jener Betrag, vermehrt um einen durch die Kriegsverhältnisse bedingten 50% igen Zuschlag, zugesichert werden, auf welchen sie bei normaler Entwicklung der Verhältnisse im Jahre 1914 heute unbedingt Anspruch gehabt hätten.

Der Landeshauptmann:

